

Weiter Pestizideinsatz auf stadteigenen Äckern

BUND: Stadt setzt Ratsbeschluss für Ökolandbau nicht um

Hannover, 26.04.2018. Genau ein Jahr ist es her, dass der Rat beschlossen hat, die stadteigenen Ackerflächen Ökolandwirten anzubieten. Doch passiert ist nichts, kritisiert der Naturschutzverband BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland). „Mit Recht reden alle vom katastrophalen Insektensterben. Aber die hannoversche Stadtverwaltung lässt es weiter zu, dass auf ihren eigenen Grundstücken auf hunderten von Hektar Insektenvernichtungsmittel und andere Pestizide gespritzt werden“ stellt BUND-Vorstandsmitglied Georg Wilhelm fest. „Das ist kein verantwortungsvoller Umgang mit öffentlichem Eigentum.“

Bereits 1988, also vor 30 Jahren, hatte der Rat die Stadtverwaltung aufgefordert, die landwirtschaftlichen Flächen im Stadtgebiet zu ökologisieren. Im Vorfeld der EXPO wurde daraufhin der Kronsberghof gegründet, wo auf 120 Hektar Fläche Ökolandbau ohne chemische Pflanzenschutzmittel betrieben wird. Nach dem Jahr 2000 wurde aber kein einziger weiterer Acker mehr an Ökobetriebe neu verpachtet. Daher wird weiterhin Jahr für Jahr auf rund 600 Hektar stadteigener Ackerfläche mit Pestiziden gegen wildlebende Pflanzen und Tiere vorgegangen. „Leidtragende sind unter anderem Wildblumen, Bienen, Schmetterlinge und Feldvögel,“ kritisiert Wilhelm. „Leidtragende sind aber auch die Menschen in dieser Stadt, die in den Landschaftsräumen Natur erleben und nicht durch Spritzmittelwolken spazieren wollen.“

Am 27. April letzten Jahres hatte die Ampelkoalition im Rat deshalb beschlossen, dass die konventionell bewirtschafteten städtischen Ackerflächen bei Auslaufen des Pachtvertrages öffentlich angeboten und bei Interesse vorrangig an Landwirte vergeben werden, die eine ökologische Bewirtschaftung anstreben. Obwohl die städtischen Pachtverträge meist sehr kurze Laufzeiten haben und jedes Jahr ein großer Teil der Verträge ausläuft, hat es aber bis heute kein einziges öffentliches Angebot dieser Flächen gegeben. Dies hätte aber längst geschehen müssen, damit wenigstens im Wirtschaftsjahr 2019, das im Oktober 2018 beginnt, Flächen auf Ökolandbau umgestellt werden können. Wilhelm: „Es drängt sich stark der Eindruck auf, dass die Stadtverwaltung den Ratsbeschluss nicht umsetzen, sondern aussitzen will.“

Hintergrund:

Etwa ein Drittel der landwirtschaftlichen Flächen im Stadtgebiet von Hannover, nämlich 964 Hektar, sind im Eigentum der Stadt Hannover. Davon bestehen 210 Hektar aus Grünland (Wiesen und Weiden) und der große Rest aus Ackerflächen.

Ökologischer Landbau wird nur auf dem 120 Hektar großen Kronsberghof betrieben (weit überwiegend Acker).

Auf den übrigen stadteigenen Ackerflächen schreibt die Stadt in der Regel in die Pachtverträge nur die Einschränkung, dass keine gentechnisch veränderten Organismen

eingesetzt werden dürfen. Diese Einschränkung hat praktisch keine Bedeutung mehr, da der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen in Deutschland seit Jahren nicht mehr zugelassen ist. Einschränkungen für den Einsatz von Pestiziden bestehen auf den Ackerflächen im Normalfall nicht, auch nicht bei den hoch umstrittenen Mitteln wie Glyphosat und den Neonikotinoiden.

In den Grünlandpachtverträgen ist standardmäßig der Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmitteln ausgeschlossen. Nur teilweise, vor allem wenn es sich um Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen handelt, gibt es weitere Einschränkungen etwa zur Düngung.

Rückfragen:

Georg Wilhelm, Tel. (nur heute) 0160/91993550, Email georg.wilhelm@bund.net

Sabine Littkemann, Tel. 0511/660093 oder 0160/6831389, Email sabine.littkemann@nds.bund.net